

## Stellungnahme zum Antrag auf Aberkennung meiner Mitgliedschaft bei den Grünen Wien

Ich bin Feministin. Seit über drei Jahrzehnten engagiere ich mich in der Menschen- und Frauenrechtsbewegung – und seit über zehn Jahren bei den Grünen: als Bezirksrätin, als Wiener Landtagsabgeordnete und Gemeinderätin und zuletzt als Nationalratsabgeordnete. Solidarität, Gewaltfreiheit, Selbstbestimmung – die Grundwerte der Grünen – ziehen sich durch meine politische Biografie. Ich war die erste Referentin für homo-, bi- und transsexuelle Angelegenheiten an der Universität Wien, habe mich auf europäischer Ebene für Minderheitenrechte engagiert, Gruppen für lesbische Migrantinnen und geflüchtete Frauen mitbegründet, Frauen in der Sexindustrie unterstützt und für internationale Organisationen im LGBT-Bereich gearbeitet. Ich habe Räume geschaffen für Menschen, die kaum Sichtbarkeit und politische Vertretung hatten. Und bis vor kurzem dachte ich, bei den Grünen mit diesem Engagement gut aufgehoben zu sein – auch bei inhaltlichen Differenzen.

Doch der Umgang der Parteiführung mit den Kampagnen gegen mich und andere kritische Feministinnen lässt daran zweifeln. Der Ausschlussantrag steht nicht für sich. Er reiht sich ein in den Versuch, feministische Positionen zu delegitimieren, indem man sie als „rechts“ markiert. Und er ist Teil eines jahrelangen Mobbings mit dem Ziel, die einen zum Schweigen zu bringen und den anderen ein Exempel zu liefern. Ich erwarte keine Zustimmung. Aber ich erwarte eine demokratische Kultur, die Dissens aushält.

### Feministische Kritik und evidenzbasierte Einwände

Die feministische Auseinandersetzung mit dem Trans-Thema ist nicht neu. Seit den 1970er Jahren äußern Feministinnen Kritik an der Neudefinition von Frauen und an dem Konzept „Genderidentität“, das biologische Realität durch das subjektive Empfinden ersetzen möchte. Eine Frau zu sein bedeutet nichts mehr, wenn jeder eine Frau sein kann.<sup>1</sup> Patriarchale Geschlechterrollen werden damit zementiert, statt sie zu hinterfragen – denn was macht es aus, eine Frau zu sein, wenn es nicht die biologische Realität ist?<sup>2</sup> Und wenn Lesben sich gezwungen sehen, sexuelle Beziehungen zu Männern zu akzeptieren, die sich als Frauen bezeichnen, dann ist das keine Inklusion – das ist *corrective rape* mit neuen Mitteln.<sup>3</sup> Das sind keine Randmeinungen. Das ist feministische Theorie und Praxis, die sich stets gegen Machtmissbrauch, patriarchale Rollenzuschreibungen und die medizinische Kontrolle über Frauenkörper gewandt hat.

Heute ist diese Kritik dringlicher denn je – nicht zuletzt durch das auffällige neue Phänomen trans identifizierter Kinder und Jugendlicher, zu 85% Mädchen und junge Frauen zwischen 16 und 25 Jahren. Der 2024 veröffentlichte Cass-Report<sup>4</sup> – eine unabhängige medizinische Überprüfung in Großbritannien – empfiehlt eine deutliche Abkehr von der bestätigenden Behandlung, dem „affirmativen Modell“.

---

<sup>1</sup> <https://hollylawford-smith.org/gender-critical-feminism-2022/>

<sup>2</sup> Vgl. Janice Raymond: *The Transsexual Empire* (1979), Sheila Jeffreys: *Gender Hurts* (2014)

<sup>3</sup> <https://www.thetimes.com/uk/society/article/julie-bindel-lesbians-interview-xn9bm80hs>

<sup>4</sup> [https://webarchive.nationalarchives.gov.uk/ukgwa/20250310143933mp\\_/https://cass.independent-review.uk/wp-content/uploads/2024/04/CassReview\\_Final.pdf](https://webarchive.nationalarchives.gov.uk/ukgwa/20250310143933mp_/https://cass.independent-review.uk/wp-content/uploads/2024/04/CassReview_Final.pdf)

Soziale Transitionen im Kindesalter sind keineswegs harmlos; sie können tiefgreifende Folgen haben. Ärztliche Zurückhaltung ist nicht rückständig, sondern schlicht geboten. Mehrere europäische Länder – darunter Schweden, Finnland und das Vereinigte Königreich – haben ihre Leitlinien mittlerweile geändert. Keine Pubertätsblocker mehr als Standard, stattdessen wird psychosoziale Begleitung als Mittel der Wahl bevorzugt.

Wer das benennt, ist nicht „transfeindlich“, sondern nimmt den Schutz junger Menschen, besonders von Mädchen und jungen Frauen, ernst.

## Selbstbestimmung von Frauen und Lesben

Das Prinzip der Selbstbestimmung gilt auch für Frauen. Es umfasst nicht nur das Recht auf den eigenen Körper und die eigene Identität, sondern auch das Recht, selbst zu entscheiden, mit wem man sich verbindet – politisch, sozial, körperlich. Lesben dürfen ihre sexuelle Orientierung als gleichgeschlechtlich definieren. Frauen dürfen sich in eigenen Räumen und Gruppen organisieren – ohne Erklärungszwang.

Die zunehmende Zahl heterosexueller Männer, die sagt, dass sie Frauen und Lesben wären, führt zu grundsätzlichen Interessenkonflikten. Lesben sind per Definition gleichgeschlechtlich orientiert und nicht von „Gender“ oder subjektivem Empfinden angezogen. Wenn sexuelle Orientierung durch eine gefühlte Identität ersetzt wird, verschwinden lesbische Frauen – in ihrer Sichtbarkeit, in ihrer Abgrenzung, in ihrer Selbstbestimmung. Das hat jüngst auch das britische Höchstgericht festgestellt.<sup>5</sup>

Wer Frauen das Recht abspricht, Grenzen zu ziehen, nimmt ihnen nicht nur Frauenrechte, Schutzräume und Sprache. Er untergräbt die Selbstbestimmung, auf die sich paradoxerweise oft gerade diejenigen berufen, die diese Grenzen verweigern. Wer feministische Kritik als „transfeindlich“ und „rechts“ diffamiert – und dabei gezielt Ruf und wirtschaftliche Existenz von Feministinnen angreift, entzieht der demokratischen Debatte den Boden. Was bleibt, ist Einschüchterung als Methode.

Dieser Antrag betrifft nicht nur mich. Er stellt die grundsätzliche Frage: Haben feministische Stimmen bei den Grünen überhaupt noch Platz? Es gibt einen Feminismus, der der Realität verpflichtet ist – und es gibt ideologische Vereinnahmung, die nicht nur Gehorsam, sondern Glauben verlangt.

„The Party told you to reject the evidence of your eyes and ears. It was their final, most essential command.“ (George Orwell, 1984)



Faika El-Nagashi  
Wien, 22. April 2025

---

<sup>5</sup> Gezwungen zu werden, heterosexuelle Männer, die sich als Frauen identifizieren, in lesbische Räume aufzunehmen, macht das Konzept sexueller Orientierung bedeutungslos und führt zu einem unausweichlichen Verlust von Autonomie und Würde für Lesben.

[https://supremecourt.uk/uploads/uksc\\_2024\\_0042\\_judgment\\_aea6c48cee.pdf](https://supremecourt.uk/uploads/uksc_2024_0042_judgment_aea6c48cee.pdf)

## Anhang: Zur innerparteilichen Kultur

Der gegen mich gerichtete Antrag ist nicht isoliert. Er ist eingebettet in eine innerparteiliche Dynamik, die von stillschweigender Duldung persönlicher Angriffe bis hin zu gezielter öffentlicher Ächtung reicht – ohne erkennbare Intervention der Parteigremien. Vier Beispiele:

1. Ein diffamierender offener Brief gegen mich unter dem Titel „Lesben gegen Transfeindlichkeit“ wurde am 4. Oktober 2022 veröffentlicht.<sup>6</sup> Unter den Unterzeichnenden befinden sich Parteikolleginnen – darunter auch die nun antragstellende Person.
2. Ein Social-Media-Posting der antragstellenden Person aus April 2023 zeigt ein Foto von meinem Nationalratssitz mit dem Kommentar: „Erster wichtiger Schritt ist gemacht... Faika's Platz im Nationalrat übernommen 😊 #fighttransphobia #fighttransfeindlichkeit“. Dieses Posting wurde auf dem X-Account von Falter-Chefredakteur Florian Klenk öffentlich und wurde dort über 300.000-mal gesehen.<sup>7</sup> Diese Form der öffentlichen Aneignung eines politischen Mandats ist beispiellos – und wurde parteiintern nicht kommentiert.
3. Auf der 90. Landesversammlung der Wiener Grünen im Februar 2025 äußerte sich die antragstellende Person in ihrer Rede wiederholt abfällig über eine Grüne Kollegin und mich – mit Formulierungen wie „menschenverachtend“ und „grauslich“. Dies fand Beifall bis in die vorderen Reihen. Vom Präsidium kam kein Wort der Zurückweisung. Die persönlichen Angriffe blieben unwidersprochen.
4. Die Grüne Studierendenorganisation GRAS veröffentlichte im März 2025 auf Social Media mehrere Slides mit der Forderung, „die Umwelt sauber zu halten“ und „TERFs den letzten Stoß“ zu versetzen – und bezog sich darin namentlich auf mich und eine weitere Grüne Kollegin. Nach dem Hinweis, dass letztere Formulierung dem Vokabular der nationalsozialistischen Propaganda<sup>8</sup> im Umgang mit politischen Feinden entstammt, wurde dieser Teil entfernt. Die aggressive und frauenfeindliche Bezeichnung „TERF“ (ein Acronym für trans exklusive radikale Feministinnen, das mittlerweile als Abwertung und Diffamierung eingesetzt wird) ist nach wie vor online. Die Tatsache, dass solche Begriffe heute unkommentiert in parteinahen Jugendorganisationen verwendet werden, ist alarmierend.

In all diesen Fällen gab es keinerlei erkennbare Distanzierung durch Parteigremien oder die Parteiführung. Das ist der eigentliche Kern des Problems: Eine feministische Position – und die Person, die sie vertritt – wird öffentlich diffamiert, ohne institutionellen Schutz. So entsteht eine politische Kultur, in der die inhaltliche Kritik entwertbar und ihre Vertreterin zur Zielscheibe gemacht werden kann.

---

<sup>6</sup> [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20221004\\_OTS0116/lesben-gegen-transfeindlichkeit-lwiththet](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20221004_OTS0116/lesben-gegen-transfeindlichkeit-lwiththet)

<sup>7</sup> <https://x.com/florianklenk/status/1650808561771880448>

<sup>8</sup> Der Stürmer, NSDAP-Propaganda 1944: „Gib dem Volksverräter den letzten Stoß!“